

Sehre verehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde der AG 60plus,

Liebe Genossinnen und Genossen,

zunächst eine kurze Vorstellung: mein Name ist Lothar Binding und ich bin der Nachfolger meiner Vorgängerin – Dr. Konstanze Wegner. Wir begrüßen Konstanze Wegner und Alfred Geisel, ehemaliger Landtagsvizepräsident und erster Landesvorsitzender der AG 60plus BaWü und freuen uns sehr, dass Konstanze und Alfred heute dabei sind. Nicht nur mit Blick auf die Gründungsphase verdanken wir ihnen sehr viel. Ihre Arbeit und ihr gesellschaftliches Engagement geht weit über unsere AG 60plus hinaus – das zeigt sich auch daran, das wir heute erneut den Vorsitzenden des Landesseniorenrates Herrn Roland Sing begrüßen dürfen. Wir sind über die gute Kooperation mit dem Landesseniorenrat sehr froh und danken Roland Sing für sein großes Engagement und einen sehr interessanten Gedankenaustausch mit unserem Landesvorstand.

Zur Sozialpolitik von 60plus, zu unserem sozialen und humanitären Anspruch passt es sehr gut, dass wir Herrn Erwin Kreissl vom DLRG Landesverband Baden-Württemberg begrüßen dürfen und natürlich Marianne Beck und Hansjörg Seeh, die beiden Vorsitzenden der AWO Bezirke Württemberg und Baden sowie Klaus Neitzel, der den AWO Stadtbezirk Stuttgart vertritt. Wenn Sie unsere Arbeit etwas kennen, wenn Sie wissen, dass wir uns thematisch sehr vielfältig interessieren, wird es Sie freuen, dass wir auch die Vertreter des Juso-Landesvorstandes, der Arbeitsgemeinschaft Gesundheit und der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen begrüßen dürfen. Von hier aus wünschen wir unserer Landtagsfraktion eine erfolgreiche Klausursitzung; damit ist auch gut erklärt, warum unser Fraktionsvorsitzender Claus Schmiedel, Katrin Altpeter und unser Landesvorsitzende Nils Schmid heute nicht hier sein können.

#### **Festvortrag Wilhelm Schmidt: „Gerät das Soziale unter die schwarz-gelben Räder“**

Wir sind im „Jahr gegen Armut und Ausgrenzung“ und in diesem Jahr feiert die AWO Deutschland ihren 90jährigen Geburtstag und so begrüße ich im Namen des Landesvorstandes 60plus besonders gern Wilhelm Schmidt. Wilhelm Schmidt hält heute den Festvortrag und es gibt mindestens vier Gründe, warum wir ihn sehr gern eingeladen haben:

- Wilhelm Schmidt ist Bundesvorsitzender der AWO
- Er war lange Jahre an verantwortlicher Stelle im Bundestag
- Wilhelm Schmidt kennt die Wirtschaft, er arbeitet in einem Mischkonzern der sich mit Chemie, Energie und Immobilien befasst
- und Wilhelm Schmidt stellt die richtigen Fragen...

In der Dokumentation über die 60-Jahrfeier der AWO Baden-Württemberg (18. Okt. 2007) finde ich eine Formulierung im Festvortrag von Wilhelm Schmidt: „Was müssen wir eigentlich tun, damit wir unseren Aufgaben gerecht werden... die wir uns selber gestellt... haben – die aber nur in dieser Zeit unter ganz neuen Bedingungen gelöst werden müssen?“

#### **Nach 90 Jahren: Abschaffung des Acht-Stunden-Tags**

Ein Beispiel: Ein Jahr vor der AWO Gründung im Jahr 1920, wurde der Acht-Stunden-Tag gesetzlich eingeführt. Das hatten Sozialdemokraten mehr als 40 Jahre zuvor vorgeschlagen und gefordert. Viele Menschen waren eher arm als reich, die Sozialsysteme waren schlecht ausgestattet, der Staat war in der Nachkriegszeit finanziell dramatisch unter Druck – und doch gab es den gesellschaftlichen Konsens, dass man von seiner Arbeit in einem Acht-Stunden-Tag leben können sollte. „Was müssen wir eigentlich tun, damit wir unseren Aufgaben gerecht werden... die unter ganz neuen Bedingungen gelöst werden müssen?“ CDU und FDP geben mit ihrer Ablehnung des Mindestlohns ihre zynische Antwort: Heute, 90 Jahre nach Einführung des Acht-Stunden-Tags wird er faktisch wieder abgeschafft, denn wer acht Stunden arbeitet, aber von seinem Lohn nicht leben kann, arbeitet eben zwölf oder vierzehn Stunden. So ist schnell zu sehen, was es in Wirklichkeit bedeutet sich dem Mindestlohn zu verweigern: die Abschaffung des Acht-Stunden-Tags.

### **„Sozial ist was Arbeit schafft!“?**

Aber schauen wir, wie schön sich solche Politik anhört. Fast könnte das auch in den Ohren gestandener Sozialdemokraten gut klingen: Kennen Sie den Satz: „Sozial ist was Arbeit schafft!“ Das klingt doch wirklich gut – ist aber falsch. Sozial ist was Arbeit schafft von der man leben kann und die nicht krank macht“. Diesen Satz würden Sie – jedenfalls nicht wenn es ernst wird – von CDU und FDP nicht hören.

### **„Leistung muss sich wieder lohnen.“?**

Oder kennen Sie den Satz: „Leistung muss sich wieder lohnen?“ Der klingt ja fast noch besser – schauen wir mit einem Beispiel von Erhard Eppler, was dieser Satz bedeuten kann, oft genug bedeutet:

- Ein Finanzberater berät. Manchmal ist die Beratung für seine Kunden gut, manchmal schlecht. Jedenfalls erhält er als Lohn, also Gehalt bzw. Boni einige Millionen Euro im Jahr, unabhängig davon, ob er seine Arbeit gut macht oder schlecht. Zusätzlich verschafft ihm sein Einkommen Freiheiten in Urlaub zu fahren, tagsüber auch mal ins Studio zu gehen... er genießt seine Freiheit.
- Eine Mutter mit drei Kindern pflegt ihren Alzheimer kranken Vater, ihr Ehemann arbeitet von früh bis spät, weil der Stundenlohn kaum hinreicht. Diese Mutter bringt die Kinder zum Kindergarten, in die Schule, kocht mittags, betreut bei den Hausaufgaben, pflegt den Vater, bringt die Kinder zu Bett, kocht abends für ihren Ehemann, der Vater schläft unruhig, sie muss ihren Vater häufig nachts beruhigen... tagein, tagaus. „Leistung muss sich wieder lohnen“.

Und es ist eine Partei mit dem „C“ im Namen und es ist eine Partei mit dem „F“ im Namen die solche hässlichen Sätze verbreiten: „Leistung muss sich wieder lohnen“.

### **„Mehr Netto vom Brutto.“ ?**

Wer kennt den Satz „Mehr Netto vom Brutto.“? Dieser Satz ist zeitlos schön. Für jeden Wahlkampf gut. Er gilt solange bis Netto gleich Brutto – keine Steuern, keine Abgaben – die FDP gibt den Menschen ihre Freiheit zurück. Steuern und Abgaben machen unfrei, weil der Private über Steuern und Abgaben nicht privat verfügen kann. Praktisch eine Freiheitsberaubung. Der Freiheit des Privaten steht die Fesselung des Staates gegenüber. Macht nichts. Mehr Netto vom Brutto und jeder Mensch hat die Freiheit sich seine Schule selber zu bauen, sich seine Lehrer selbst einzustellen, auch seine Straßen kann er sich mit der neu gewonnenen Freiheit, mehr Geld, selber bauen, er kann sich mit seiner Privatpolizei innere Sicherheit schaffen, mit seiner Privatarmee äußeren Frieden, er kann sich sein Theater bauen, seine Wasserleitung und er kann seine eigene Müllentsorgung aufbauen. Der Staat scheint entbehrlich. Jedenfalls wenn man verdrängt, dass mit sinkenden Steuern die Kommunen weniger leisten können und zum Ausgleich alle bzw. bestimmte Gebühren wird anheben müssen., z.B. Kinderkrippen,- und Kindergartengebühren, die Kommunalen Krankenhäuser werden leiden...

Nun haben wir eben erst erlebt, was passiert, wenn sich neoliberale Ideologie Bahn bricht. Der Staat wird geschwächt durch Steuersenkung etc., die Privaten werden stärker und stärker, ihr Einkommens steigt, ihre Gewinne steigen. Und was machen die Privaten, solange riesige Gewinne gemacht werden, solange hohe Dividenden gezahlt werden. Tragen sie Vorsorge für die Zeit der kommenden Rezession? Nein – dann wird nach dem Staat gerufen um mit Milliarden Euro zu helfen mit Steuermitteln, die man dem Staat in der Zeit der Hochkonjunktur verweigert hat.

### **Leiharbeit – Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.**

Ein letztes Beispiel dafür wie Recht Wilhelm Schmidt mit seiner Frage hat: Wie müssen wir eigentlich unsere Aufgaben unter ganz neuen Bedingungen lösen? Die Arbeitslosigkeit stieg und stieg. Durch Leiharbeit sollte es gelingen, die Arbeitslosigkeit vieler Langzeitarbeitsloser zu überwinden. Die Bedingung der SPD Fraktion für ein Gesetz war: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Ein Betrieb muss also einen Leiharbeiter gleich gut bezahlen wie seinen fest angestellten Kollegen. Problem: das wäre ein Eingriff in die Tarifautonomie. Also wurde eine Ausnahme gemacht: Wenn es Tarifverträge für die Leiharbeiter gibt, gilt diese Regelung nicht. Die Gewerkschaften waren zufrieden. Ein gutes Gesetz. Damals vor vier Jahren. Heute gilt das gleiche Gesetz als ein Desaster, weil sich plötzlich so genannte

christliche Gewerkschaften bildeten, die mit den Leiharbeitsunternehmen unsittlich niedrige Tarifverträge abschlossen. Folglich verdiente der Leiarbeiter oft viel weniger als sein festangestellter Kollege mit gleicher Arbeit. Aus einem guten wurde so ein schlechtes Gesetz - damit hatte die SPD Fraktion nicht gerechnet. Es versteht sich von selbst, dass es hier schon bald neue faire Regeln geben muss.

Mit diesen wenigen Beispielen wollte ich mich dem Titel von Wilhelm Schmidts Vortrag nähern. Lieber Wilhelm, wir freuen uns auf Deinen Festvortrag im „Europäischen Jahr gegen Armut und Ausgrenzung“ und im Jahr des 90jährigen Geburtstags der AWO.

Lothar Binding, Stuttgart, den 12. Januar 2010